



Dr. Thomas Ulmer MdEP

**Nicht die Bürger müssen sich auf die Suche nach EU-Informationen begeben,
sondern die Informationen müssen sich auf die Suche nach den Bürgern begeben!**

EuKommunal News (EuKN)

Nachrichten für Kommunen aus und für Europa

22. September 2010

1. Kommunal Klimaschutz

Ein Vergleich städtischer Klima-Aktivitäten ist derzeit praktisch kaum möglich. Denn in der kommunalen Praxis gibt es eine große Vielfalt von Mess- und Bewertungsmethoden. So werden in einer aktuellen KPMG-Studie 57 unterschiedliche Klimaschutz-Standards und Indizes kategorisiert und analysiert. Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, dass es die vielen Messmethoden, Benchmarks und Definitionen unmöglich machen, die Aktivitäten der Städte untereinander zu vergleichen. Aufgrund riesiger Datenmengen besteht zudem die Gefahr, dass Ergebnisse willkürlich ausgewählt und interessengeleitet verwendet werden. Die Gutachter empfehlen u. a., dass

- die Messmethoden, Benchmarking und Reporting von Klimadaten für Städte vereinheitlicht werden und
- eine offen zugängliche, interaktive Datenbank die europäischen Städte vernetzen und den Zugang zu Daten und Messinstrumenten vereinfachen soll.

Für lokale und regionale Klimaschutzmaßnahmen ist bereits eine Datenbank in Vorbereitung. Diese vom AdR verwaltete Datenbank steht den Mitgliedern des Bürgermeisterkonvents zur Verfügung.

Die Studie „City typology as the basis for policy“ (Englisch, 36 Seiten) unter

http://www.kpmg.at/de/files/Studie_Klimaschutz.pdf

Informationen zur AdR-Datenbank unter

<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=3b1b07f3-e18a-43d2-b552-7a2a65d43552>

2. Sportpolitik

Die Ergebnisse der Online-Umfrage zur EU-Sportpolitik sind veröffentlicht worden. Die Ergebnisse werden in eine Mitteilung zur Umsetzung der Sportbestimmungen des Lissabonvertrags einfließen, die die Kommission für Ende Oktober angekündigt hat.

Die Umfrageergebnisse (10 Seiten Englisch) unter

http://ec.europa.eu/sport/library/doc/a/100726_online_consultation_report.pdf

3. TEEB Studie

Eine neue TEEB-Studie liegt vor. Die 200 Seiten Studie „Ökonomischer Wert von Ökosystemen und biologischer Vielfalt“ wurde unter Federführung des Leipziger Helmholtz-

Zentrum für Umweltforschung von mehr als 140 Experten aus 40 Ländern erarbeitet. Die Studie, ein von der Kommission finanziertes Projekt, plädiert dafür, Leistungen der Natur einen größeren Stellenwert einzuräumen und in kommunale Planungsentscheidungen zu integrieren. Anhand von Modellen wird gezeigt, wie kommunale Entscheidungsträger den Wert von Naturkapital besser verstehen und in Bereichen Stadtmanagement, Raumplanung und Bewirtschaftung nutzen können. Für die kommunale Praxis wird es sich dabei nicht als sonderlich hilfreich erweisen, dass es die umfassende Studie nur in Englisch gibt.

<http://www.teebweb.org/ForLocalandRegionalPolicy/tabid/1020/Default.aspx>

Der Studie (Englisch) unter

<http://www.teebweb.org/>

Ausführlich zur TEEB-Studie unter

<http://klima-media.de/2010/09/13/neuer-teeb-report-lokale-umweltpolitik-oekonomisch-neu-denken-und-ausrichten/>

4. Ältere Menschen

Die Pflege für ältere Menschen soll verbessert werden. Das hat das Parlament in einer Entschließung am 9. September 2010 gefordert. Das Parlament verlangt u. a.

- die Aus- und Weiterbildung für haupt- und ehrenamtliche Pfleger zu verbessern, zu erleichtern und zu fördern,
- für ehrenamtlichen Pfleger konkrete Maßnahmen zur Gewährung von Auszeiten und zur Vereinbarung von Berufs- und Familienleben zu ergreifen,
- im innerstaatlichen Recht die Qualifikationsanforderungen an die Pflegepersonen zu regeln,
- Mindeststandards für alle Verträge im Pflegesektor, einschließlich Mindestlöhne, vorzugeben,
- die Sicherheit älterer Menschen in ihren Gemeinschaften und Pflegeheimen zu gewährleisten,
- Personalstrategien zur Bekämpfung des Personalmangels aufzustellen,
- die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien voranzubringen, mit denen die Pflege älterer Menschen in der Familie erleichtert und die Selbstständigkeit älterer Menschen gefördert wird,
- ein Grünbuch der Kommission über die Misshandlung von älteren Menschen und die Gewährleistung der Sicherheit von älteren Menschen in ihren Gemeinschaften und in Pflegeheimen zu erstellen,
- eine Studie in Auftrag zu geben, um ein genaueres Bild über die wachsenden Anforderungen auf diesem Gebiet bis 2020 zu erhalten.

Die Studie der Vereinigten Forschungsstelle vom 14. 1. 2010 (Englisch / 71 Seiten) unter

http://ftp.jrc.es/EURdoc/JRC54766_TN.pdf

Die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. September 2010 zur Langzeitpflege von älteren Menschen unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0313+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

5. Aktives Altern

2012 soll zum Europäischen Jahr für Aktives Altern ausgerufen werden. Die Kommission verweist bei ihrem Vorschlag auf die Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab 2012, während die Zahl der über 60-Jährigen dann jährlich um etwa zwei Millionen zunehmen wird. Der stärkste Druck wird zwischen 2015 und 2035 erwartet, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand eintreten werden. Die Kommission fordert vor allem Politiker und Akteure auf allen Ebenen auf, schon im Vorlaufjahr 2011 konkrete Aktionen und Ziele zu bestimmen, damit im Europäischen Jahr 2012 konkrete

Ergebnisse präsentiert werden können. Es ist zu erwarten, dass das Parlament und der Rat Anfang 2012 dieser Initiative zustimmen werden. Weiteres unter <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=860&furtherNews=yes>

6. Öffentliche Daten

Termin 30.11.2010

Die wirtschaftliche Nutzung öffentlicher Daten durch Dritte soll erleichtert und auch nicht durch überhöhte Gebühren behindert werden. Das ist das Ziel einer Konsultation zur EU-Richtlinie über die Wiederverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie). Gefragt wird u. a. zum Geltungsbereich, zur Bestimmung des Begriffs „öffentliche Daten“, zu Digitalformaten, zur Gebührenberechnung und Lizenzvergabe sowie zu den Auswirkungen noch bestehender Beschränkungen. Öffentliche Daten sind alle Arten von Daten, die von öffentlichen Einrichtungen geschaffen werden, also Karten und Informationen zum Wetter, zum Recht, zur Verkehrslage sowie zu Finanzen und zur Wirtschaft, und die von anderen in innovativen Produkten, wie etwa Navigationssystemen, Wettervorhersagen und Verkehrsnachrichten, sog. "Apps", wieder verwendet und heruntergeladen werden können. Spätestens bis 2012 will die Kommission über die Frage einer Novellierung der Richtlinie entschieden haben. Die Konsultation läuft bis 30. November 2010. Die Pressemitteilung der Kommission vom 9. September 2010 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1103&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Konsultation zur „Überarbeitung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors“ unter der angegebenen Internetfundstelle <http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=psidirective2010> derzeit (20.9.2010) nicht aufgerufen werden.

7. Europäische Bürgerinitiative

Für die EU-Bürgerinitiative sind datenschutzrechtliche Fragen noch ungelöst. Das erklärte die Bundesregierung am 23. 7. 2010 (BT Ds 17/2668) im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage. Ungelöst sind danach auch die Folgen für die innerstaatliche Umsetzung und die Ausgestaltung der Regelungen für die Online-Sammlung von Unterstützungsbekundungen. Die Bundesregierung will u. a. vorschlagen, ein einheitliches Online-Sammelsystem zentral bei der Kommission einzurichten. Die Antwort der Bundesregierung mit weiteren Einzelheiten unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/026/1702668.pdf>

8. Eurovignette

Die Eurovignetten-Abgabe auf Lastkraftwagen würde Deutschland zusätzliche Einnahmen bringen. Das berichtet EurActiv unter Hinweis auf eine Studie vom 2. 8. 2010 zu den „Grünen Mautgebühren“. Auch Frankreich könnte Mehreinnahmen aus der Abgabe für den Schwerlastverkehr erwarten, während 16 weitere EU-Länder sich wegen ihrer peripheren Lage schlechterstellen würden. Die belgische Präsidentschaft strebt bis Ende des Jahres die Einigung über die Eurovignette an. Eine Studie der Vereinigten Forschungsstellen der Europäischen Kommission vom 14. 1. 2010 war zu dem Ergebnis gekommen, der Gesamtnutzen einer LKW- Maut für die von ihnen verursachte Verschmutzung die begrenzten negativen Preisauswirkungen für die Verbraucher übersteigt. Die durch Mautaufschläge für Luftverschmutzung, Staus und Lärm entstehenden Kosten seien im Ergebnis »zu vernachlässigen«. Selbst wenn die Zusatzkosten vollständig auf die Endverbraucher abgewälzt werden, würden sich die Preisanstiege zwischen rund 0,04 % für Kekse oder Medikamente und rund 0,2 % für Kaffee oder Autos bewegen.

Den EU-Mitgliedstaaten soll es nach dem Willen des Parlaments künftig möglich sein, für Lkws auch die Kosten zu berechnen, die sie durch Staus, Lärm und Luftverschmutzung verursachen. Die Einführung einer LKW-Maut sowie die Anrechnung der externen Kosten sollen jedoch nicht verbindlich vorgeschrieben werden, sondern bleiben weiterhin den Mitgliedsstaaten überlassen. Derzeit dürfen lediglich die Infrastrukturkosten auf die Mautgebühren angerechnet werden.

Der Bericht von EurActiv unter

<http://www.euractiv.com/de/verkehr/frankreich-und-deutschland-einzige-gewinner-gruener-mautgebuehren-news-497659>

Die Studie vom 2.8.2010 (Englisch 304 Seiten) unter

http://www.iru.org/index/cms-filesystem-action?file=mix-publications/PT127_Final_Report_FINAL.pdf

Pressemitteilung des Parlaments vom 11.3.2009 unter

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-51411-068-03-11-910-20090310IPR51410-09-03-2009-2009-false/default_de.htm

Die Studie der Vereinigten Forschungsstelle vom 14.1.2010 (Englisch 71 Seiten) unter

http://ftp.irc.es/EURdoc/JRC54766_TN.pdf

9. Klimaschutz und Landnutzung

Die Auswirkungen von Landnutzungsarten auf den Klimawandel sind Gegenstand von Online-Konsultationen. Damit sollen Meinungen über EU-Klimaziele für Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft ermittelt werden. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob die Landnutzung einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Zugleich soll u. a. geprüft werden, ob z. B. zum Ausgleich für Netto-CO₂-Einsparungen Ausgleichszahlungen an die Landnutzer erfolgen sollten. Privatleute, Interessengruppen und Behörden sind aufgefordert, sich an der Konsultation bis zum 05.11.2010 zu beteiligen. Das Konsultationsergebnis wird für die Kommission Grundlage sein, ein Verfahren zur Berücksichtigung von Emissionen und Kohlenstoffspeicherungen durch Landnutzung vorzuschlagen. Weitere Hinweise und Fragebogen (Englisch) unter

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/climate.htm>

Ein weiteres Konsultationsverfahren betrifft den Einfluss von Biokraftstoffen auf indirekte Landnutzungsänderung. Es soll ermittelt werden, ob und inwieweit ein Handeln der Kommission erforderlich ist. Wissenschaftlich begründete Beiträge können bis zum 31.10.2010 eingereicht werden. Weitere Einzelheiten (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/energy/renewables/consultations/2010_10_31_iluc_and_biofuels_en.htm

Zum Thema Klimawandel und Landnutzung siehe auch das Bundesamt für Naturschutz unter

http://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Agrarpolitik/Klimawandel-und-Landnutzung_article1260879921.html

10. Erneuerbare Energien - Aktionsplan

Die Bundesregierung hat den Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie beschlossen.

Zugleich hat die Bundesregierung für den Herbst 2010 ein Energiekonzept angekündigt, das umfassender ausgerichtet ist als der Nationale Aktionsplan und deutlich stärker die konventionellen Energieträger und die Entwicklung der Energieeffizienz berücksichtigen wird. Der jetzt vorgelegte Nationale Aktionsplan muss nach der EU-Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen von jedem Mitgliedstaat vorgelegt werden. Der Nationale Aktionsplan geht davon aus, dass in Deutschland im Jahr 2020 mit einem Anteil von dann 19,6 % erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch das von der EU vorgegebene verbindliche nationale Ziel von 18 % übertroffen wird. Derzeit liegt der Anteil der Erneuerbaren bei ca. 10 %. Die Mitgliedstaaten müssen anhand eines vorgegebenen Musters einen Nationalen Aktionsplan

mit Maßnahmen und Ausbaupfaden zur Erreichung des verbindlichen nationalen Ziels vorlegen. Die Angaben des Nationalen Aktionsplans werden im weiteren Rahmen der Berichterstattung gegenüber der Kommission aktualisiert.

Pressemitteilung der Bundesregierung vom 4. 8. 2010

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/print/46296.php

Nationaler Aktionsplan für erneuerbare Energie (185 Seiten) unter

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/nationaler_aktionsplan_ee.pdf

11. EU-Rohstoffsteuer?

Plant die Kommission eine europaweite Steuer auf den Verbrauch von Rohstoffen?

Von entsprechenden Plänen berichtet FAZ-Net am 20. 8. 2010. Von der Rohstoffverbrauchssteuer werden Impulse für das Wirtschaftswachstum und den Umweltschutz erwartet. Die Steuer soll nach einem internen Kommissionspapier nicht nur für Metalle und fossile Brennstoffe, sondern auch für nachwachsende Rohstoffe wie Holz gelten. Da die Kommission nicht wirklich damit rechnet, dass alle Mitgliedstaaten einstimmig einer Rohstoffsteuer zustimmen, ist als alternative Option u. a. daran gedacht, die öffentliche Hand zu „ehrgeizigen“, d. h. deutlich verschärften Umwelt- und Ressourcenstandards zu verpflichten. Denn Städte und Gemeinden, Länder und Regionen stünden allein für 15 bis 20 % des Ressourcenverbrauches.

Die Kommission hat eine Internet-Konsultation (abgeschlossen am 19. 9. 2010) zur Rohstoffinitiative durchgeführt. Damit sollten Informationen zusammengetragen werden, um die Kommissionsmitteilung zur EU-Rohstoffinitiative 2008 durch eine neue Mitteilung zu ersetzen, die die neuen globalen Bedingungen in der Rohstoffversorgung berücksichtigt.

Der Bericht von FAZ-Net vom 20. 8. 2010 unter

<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~E04DC1DBF243D47B0B2A27C50CAA03CB6~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Die abgeschlossene Online-Konsultation unter

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/public-consultation/index_en.htm

12. Biologische Vielfalt

Termin: 22.10.2010

Es wird ein neues Konzept zum Erhalt der biologischen Vielfalt erarbeitet.

Unternehmen, Verbände und alle Interessierten sind aufgefordert, sich daran im Rahmen einer Online-Umfrage zu beteiligen. Die Umfrage konzentriert sich insbesondere auf die Bereiche, in denen die geltenden EU-Vorschriften als unzureichend angesehen werden oder eine Verschärfung für erforderlich gehalten wird. Das ursprünglich von der Kommission angestrebte Ziel, bis 2010 den Verlust der Artenvielfalt in der EU aufzuhalten, wurde verfehlt. Daher soll nun ein neues Konzept für die Zeit nach 2010 entwickelt werden.

Umfrage und weiteren Informationen (Englisch) unter

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/biodecline.htm>

13. Grüne Hauptstädte

In einer Broschüre werden die 2010/2011 für die Auszeichnung als „Grüne Hauptstadt“ nominierten Städte vorgestellt.

Die von der Kommission vorgelegte Ausarbeitung stellt die innovativen lokalen Projekte vor, die in den Bereichen Klimaschutz, Luftreinhaltung, Lärmreduzierung, Wasserverbrauch, Abfallreduzierung und Umweltmanagement Anlass für die Nominierung waren. Die Beispiele aus den Städten Freiburg, Münster und Hamburg sollen weitere Städte zu Maßnahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Umweltbereich anspornen.

Die Broschüre (Englisch, 32 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/docs/cities/egc_bpcatalogue_2010-2011.pdf

14. Tierversuche

In wissenschaftlichen Labors eingesetzte Versuchstiere werden künftig besser geschützt. Es wird künftig weniger Tierversuche und höhere Schutzstandards für Unterbringung und Pflege geben. Tierversuche sind nur erlaubt, wenn es keine von der EU anerkannte alternative Testmethode gibt, wie z. B. die Computersimulation oder Versuche an Zellen. Auch die Auswahl der Versuchstiere unterliegt in Zukunft strengeren Regeln: Wildfänge und Versuche an streunenden Haustieren sollen ebenso verboten sein wie Versuche an Menschenaffen. Generell müssen Labortiere durch entsprechend qualifiziertes Personal gepflegt werden. Die verantwortlichen nationalen Behörden müssen die Auswirkungen jedes wissenschaftlichen Experiments für das Wohlergehen der Tiere beurteilen. Weiterhin müssen die zuständigen Behörden jährlich in mindestens einem Drittel der Labors auch unangemeldete Kontrollen durchführen. Die neue Richtlinie gilt für alle lebenden Wirbeltiere und betrifft die wissenschaftliche Grundlagenforschung und die Hochschul- oder Berufsbildung. Die Vorgaben der Richtlinie müssen ab 01.01.2013 in den Mitgliedstaaten angewendet werden. Nationale Gesetze, die unter dem neuen europäischen Niveau liegen, verlieren dann ihre Gültigkeit.

Die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. September 2010 unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0308+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Die Pressemitteilung der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1105&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Biologischen Testverfahren und Alternativen zu Tierversuchen waren u. a. Thema einer vom Umweltbundesamt organisierten Konferenz von Umweltchemikern und Ökotoxikologen.

Dazu die Pressemitteilung des Umweltbundesamts mit weiteren Hinweisen unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2010/pdf/pd10-045_umweltchemiker_diskutieren_alternativen_zu_terversuchen_und_umweltschaedlichen_chemikalien.pdf

15. Polizeibeamte

Der EU-Ministerrat strebt ein Austauschprogramm für Polizeibeamte an. In Anlehnung an das Erasmusmodell sollen für die Bediensteten und Beamten der Polizeibehörden der Mitgliedstaaten Austauschmaßnahmen zu Studienzwecken, zum gegenseitigen Lernen und zur Zusammenführung von Wissen und bewährten Verfahren auf dem Gebiet der Polizeiarbeit organisiert werden. Das Programm mit einer Anlaufzeit von vier Jahren soll durch die Europäische Polizeiakademie (CEPOL) verwaltet werden.

Einzelheiten (Englisch) unter <http://www.cepol.europa.eu/>

16. EU-Strukturfonds

Die vier EU-Strukturfonds sollen einen gemeinsamen strategischen Rahmen erhalten.

Das haben die 4 beteiligten Kommissare vorgeschlagen, um Überlappung zu vermeiden und einen koordinierten Mitteleinsatz zu gewährleisten. Derzeit haben die betroffenen Fonds

- der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE),
- der Europäische Sozialfonds (ESF),
- der Kohäsionsfonds und Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und
- der Europäische Fischereifonds (EFF)

getrennte „strategische Leitlinien“. Durch einen gemeinsamen Rahmen würde eine bessere Prioritätensetzung der EU-Fördergelder auch in Verbindung mit der Strategie Europa 2020 ermöglicht und Verwaltungskosten reduziert werden.

Das Schreiben der Kommissare vom 31. 8. 2010 unter.

http://www.euractiv.fr/sites/default/files/jhmdladc_barroso_30082010-sign.pdf

17. Schienenverkehr

Der Schienenverkehr soll moderner, zuverlässiger und komfortabler werden. Das ist der Inhalt eines von der Kommission vorgelegten Richtlinienvorschlags. Ziel des Vorschlags ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wettbewerb bei den Fahrgast- und Güterverkehrsdiensten. Zugleich sollen Anreize für Investitionen in den Schienenverkehr gegeben und die Befugnisse der nationalen Regulierungsbehörden gestärkt werden.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1139&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weiteres unter

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9415_de.htm

18. Führerschein – Verfallsdatum

Ab 2013 soll der Führerschein nur noch 15 Jahre gültig sein. Presseberichten zufolge hat das Bundesverkehrsministerium die Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie auf den Weg gebracht. Wer seine Fahrerlaubnis nach Ablauf der Frist verlängern will, muss dann aber lediglich einen Antrag stellen und ein neues Lichtbild abgeben. Eine Wiederholung der Fahrprüfung sei ebenso wenig vorgesehen wie eine Gesundheitsuntersuchung. Während der Führerschein in der restlichen EU nur zehn Jahre gültig ist, sollen die Deutschen nur alle 15 Jahre eine neue Fahrerlaubnis beantragen müssen. Für Führerscheine, die bis 2013 ausgegeben werden, soll eine Umtauschfrist bis 2033 gelten. Diese Frist ist der maximale Zeitraum, den die europäische Richtlinie erlaubt.

Saarbrücker Zeitung vom 26.08.2010 unter

<http://www.open-report.de/artikel/Saarbr%C3%BCcker+Zeitung%3A+F%C3%BChrerschein+erhalten+Verfallsdatum/74484.html>

EU-Richtlinie vom 20. Dezember 2006 über den Führerschein unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:403:0018:0060:DE:PDF>

19. OECD-Bildungsstudie

Die OECD hat ihre neue Bildungsstudie veröffentlicht. Im Rahmen der Studie werden 35 OECD-Mitgliedstaaten und -Kandidatenländer einschließlich 21 EU-Mitgliedstaaten untersucht. Analysiert wird, wie viel für Bildung ausgegeben wird, wie die Bildungssysteme funktionieren und welche Ergebnisse sie hervorbringen. Danach liegen die EU-Mitgliedstaaten bei den meisten Indikatoren etwa im OECD-Durchschnitt, doch gibt es erhebliche Unterschiede innerhalb der EU. Die OECD-Studie mit detaillierten Tabellen (Englisch) unter:

http://www.oecd.org/document/52/0,3343,en_2649_39263238_45897844_1_1_1_1,00.html

Die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ Ausgabe 2010 Tabellenband (90 Seiten) unter

http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/verlag/gemeinschaftsveroeff/Internationale_Bildungsindikatoren_2010.pdf

20. Schülerwettbewerbs 2011

Termin: 1.-15.2.2011

Der Europäische Schülerwettbewerb 2011 orientiert sich am Jahr der

Freiwilligentätigkeit. Bis zum Februar 2011 haben Schüler/innen und Lehrkräfte Zeit, ein Thema auszuwählen und zu bearbeiten. Die Einzelthemen für die vier Altersgruppen sowie

EuKommunal –News (EUKN)

alle zur Teilnahme benötigten Informationen können beim Veranstalter (Zentrum für Europäische Bildung, Bachstr. 32, 53115 Bonn) bezogen werden. Einsendeschluss ist, je nach Bundesland, zwischen 1. und 15. Februar 2011; genaue Termine unter

http://www.europaeischer-wettbewerb.de/seiten/europaeischer_wettbewerb/ausschr_adressen.html

Weitere Einzelheiten unter

http://www.europaeischer-wettbewerb.de/seiten/europaeischer_wettbewerb/ausschr_motto.html

21. Computerspiel „Citizalia“ - Testversion

Ein Computerspiel soll den Europäern die Arbeitsweise des Parlamentes näher bringen. Interessierte werden aufgerufen, eine Testversion auszuprobieren. Die endgültige Version soll Ende 2010 online gehen. Unter dem Namen „Citizalia“ wurde die Testversion des Online-Spiels entwickelt, das die Gebäude in Brüssel, Straßburg und Luxemburg nachbildet und den Europäern die Arbeitsweise des Europäischen Parlamentes näher bringen soll. Die User können sich eine eigene Figur erschaffen, ein eigenes Büro einrichten, mit anderen Usern interagieren, über aktuelle Themen debattieren, eigene Artikel veröffentlichen und den Gesetzgebungsprozess simulieren. Dabei treten sie als Parlamentarier, Journalisten oder Studenten auf.

Weitere Informationen (Englisch) unter

<http://www.euractiv.com/de/pa/parlament-wird-online-versammlung-im-second-life-stil-einfuehren-news-496968>

Registrierung für die Testphase (Englisch) unter

<http://register.citizalia.eu/>

22. Europarecht

„Europarecht im Alltag – 50 Fragen und 50 Antworten“ heißt ein Ratgeber. In dem Ratgeber werden Fragen und Themen dargestellt, die sich den Menschen im europäischen Alltag stellen können. Aufbereitet sind u. a. die Themen Wohnortwechsel, Aufenthaltsrecht, Sozialversicherung, Führerscheinregelungen und die Anerkennung von Diplomen und Berufsabschlüssen. Die Verfasserin des Ratgebers, Claudia Keller ist Beraterin im Netzwerk "Wegweiserdienst für Bürger und hilft in der Berliner Kommissionsvertretung den Ratsuchenden in persönlichen Gesprächen weiter. Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei den Vertretungen der Europäischen Kommission in Deutschland.

Anschriften der Europäischen Dokumentationszentren in Deutschland unter

http://ec.europa.eu/europedirect/visit_us/index_de.htm

23. Natura 2000

Die Kommission hat ein Suchportal für Natura 2000 freigeschaltet. Auf dieser Webseite können Informationen zu Natura 2000 abgerufen und Natura 2000-Gebiete in der Nähe von bestimmten Orten oder nach spezifischen Arten gesucht werden.

Die Webseite (Englisch) unter <http://natura2000.eea.europa.eu/>

24. Kulturprogramm

Die Kommission hat eine Onlinekonsultation zum künftigen Kulturprogramm gestartet.

Damit sollen Anregungen für das neue Kulturprogramm 2013ff gesammelt werden, das Mitte 2011 vorgelegt werden soll. Die Konsultation endet am 15.12.2010.

Weitere Informationen unter

http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc2805_de.htm

25. Jugend und Kultur

Es gibt eine Studie über den Zugang junger Menschen zur Kultur. Die Studie untersucht die gesetzlichen Rahmenbedingungen und beschreibt gegenwärtige Trends der Jugendkultur in Europa, identifiziert Hindernisse junger Menschen im Zugang zu Kultur und benennt Studien, Statistiken und erfolgreiche Beispiele aus unterschiedlichen Ländern. Darüber hinaus formuliert sie Empfehlungen für das zukünftige politische Handeln, in einer 13-seitigen Zusammenfassung auch in Deutsch (Seite 34 bis 47), der ansonsten nur in englischer Sprache im Juli 2010 veröffentlichten 178-Seiten-Studie.

Die Studie unter

http://ec.europa.eu/youth/news/news1788_en.htm

26. Bundesverfassungsgericht und Europarecht

Die europarechtliche Prüfungskompetenz des Bundesverfassungsgerichts ist

Gegenstand einer Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen

Bundestages, abrufbar unter

http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/europarechtliche_pruefungskompetenz_des_bundesverfassungsgerichts.pdf

27. Verbraucherschutz

Der einheitliche Verbraucherschutz in Europa ist das Thema einer Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, abrufbar unter

http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/einheitlicher_verbraucherschutz.pdf

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Wilhelmstraße 60, Zi. 0.61 10117 Berlin / Telefon +49-30-22775974 / Telefax +49-30-22776958